

Herausforderungen für die Gedenkstättenpädagogik

Von *Michael Sturm*

Ein Dienstagvormittag, Ende Juli, nur wenige Tage vor Beginn der Schulferien in Bayern. Trotz brütender Hitze herrscht im NS-Dokumentationszentrum am Münchner Königsplatz rege Betriebsamkeit. In dem betont nüchtern gehaltenen Gebäude, das erst wenige Wochen zuvor genau an jener Stelle eröffnet wurde, an der bis 1945 das „Braune Haus“, die Parteizentrale der NSDAP gestanden hatte, tummeln sich nun etliche Schulklassen. Während die einen auf den Beginn der Führung durch die vier Etagen umfassende Dauerausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus in München warten, haben sich andere, ausgestattet mit Arbeitsblättern, die es auszufüllen gilt, bereits eigenständig auf den Weg durch die Ausstellungsräume gemacht, in denen es zwar keine Objekte und Realien aus der NS-Zeit zu sehen gibt, dafür aber zahllose Fotos und erläuternde Texttafeln. Die Begeisterung der Schüler_innen hält sich offenkundig in Grenzen, was angesichts der hochsommerlichen Temperaturen sowie der unmittelbar bevorstehenden Schulferien nur allzu verständlich erscheint. Doch davon abgesehen ergibt sich aus einigen Schüler_innengesprächen der Eindruck, dass es nicht zuletzt der enorme Umfang und die Detailfülle der in der Dauerausstellung präsentierten Informationen zum Nationalsozialismus ist, der bei vielen der jugendlichen Besucher_innen Distanz und vermeintliches Desinteresse hervorruft. Eine Schülerin bringt diese Wahrnehmung mit der rhetorischen Frage auf den Punkt: „Stell dir vor, dein Vater wäre Historiker – das wäre doch Folter, oder?“ Die umstehenden Mitschüler_innen nicken zustimmend, bevor sie sich wieder in ihre Arbeitsblätter vertiefen.

Die hier geschilderte Beobachtung soll keineswegs die aus inhaltlicher Perspektive tatsächlich beeindruckende und facettenreiche Dauerausstellung des NS-Dokumentationszentrums der bayrischen Landeshauptstadt diskreditieren. Vielmehr dürfte sich während der letzten Wochen des Schuljahres an zahlreichen Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorten in Deutschland Ähnliches zugetragen haben. Freilich: Diese Eindrücke sind weder repräsentativ, noch können sie als Beleg für eine immer wieder – je nach Betrachtungsweise – beklagte oder herbeigesehnte – „Schlussstrichmentalität“ gelten. Ebenso wenig lässt sich aus ihnen die These ableiten, dass Schüler_innen und Jugendliche an „Geschichte“ überwiegend desinteressiert seien. Indessen werfen diese Beobachtungen kritische Fragen an die Ansprüche und die Realität von Gedenkstättenbesuchen und der dort offerierten gedenkstättenpädagogischen Angebote auf. Zum einen ist zu fragen, mit welchen inhaltlichen und pädagogischen Intentionen Lehrkräfte einen Gedenkstättenbesuch kurz vor Beginn der Schulferien verknüpfen, wenn doch unter diesen zeitlichen Umständen eine angemessene Vor- und Nachbereitung eigentlich nicht mehr möglich erscheint – die ausgefüllten Arbeitsblätter, so ist zu vermuten, dürften in den folgenden Tagen kaum mehr allzu große Beachtung gefunden haben. Zum anderen stellen die hier wiedergegebenen Schüler_innenreaktionen aber auch eine Herausforderung für die Gedenkstättenpädagogik dar, ist diese eben doch schwerpunktmäßig auf Schüler_innen und Jugendliche als Zielgruppen ausgerichtet.

Gedenkstättenbesuche als pädagogische „Generalprävention“?

Die daran geknüpften Ansprüche und Erwartungshaltungen im Hinblick auf die angestrebten pädagogischen Effekte sind oftmals hoch und in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Als ein geradezu idealtypisches Beispiel kann hier ein Beitrag der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gelten, die in einem Beitrag für die Jüdische Allgemeine über ihre Eindrücke eines Besuchs in der Gedenkstätte Auschwitz berichtete: „Einmal sollte jeder deutsche Jugendliche die Gedenkstätte Auschwitz besuchen. [...] wer das Leid spürt, das Millionen Menschen dort erfahren haben, der fährt nicht mehr so weg, wie er hingekommen ist. [...] Ich glaube, jeder junge Mensch, der in Auschwitz gesehen und erfahren hat, was Rassenwahn und totalitäre Herrschaft an Leid anrichten können, müsste eigentlich für alle Zeiten immun sein gegen den Irrglauben an die »Überlegenheit einer Rasse« oder an die Überlegenheit einer Diktatur über die Demokratie“ (vgl. Kraft 2013).

Zum einen ist in dieser Aussage die Vorstellung enthalten, dass in der Gedenkstätte Auschwitz das Leiden der Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik für die Besucher_innen „spürbar“ und somit zumindest ansatzweise nachvollziehbar wird. An diese emotionale Erfahrung ist wiederum die Hoffnung geknüpft, dass vor allem „junge Menschen“ gegen Rassismus und demokratiefeindliche Haltungen immunisiert werden können. Explizit oder implizit spiegeln sich ähnliche Erwartungen auch in den in verschiedenen Bundesländern geführten Diskussionen wider, wenn von der Integration von Gedenkstättenfahrten in die schulischen Lehrpläne als Pflichtveranstaltungen die Rede ist (vgl. Hoenig 2012, Stroh 2010). In der Prävention und in der Bekämpfung des Rechtsextremismus sollen Gedenkstätten demnach eine zentrale Rolle spielen. Und diese bezieht sich in erster Linie auf die nicht nur von Hannelore Kraft intendierte „generalpräventive“ pädagogische Wirkung.

Immer wieder wird Gedenkstätten aber auch im Rahmen von repressiven Maßnahmen gegen zumeist „rechts“ motiviert straffällig gewordene Jugendliche und heranwachsende Delinquent_innen eine gleichsam „läuternde“ Funktion zugeschrieben. Wiederholt wurden in den vergangenen Jahren „rechte“ Straftäter_innen zu „Besinnungsaufsätzen“ beispielsweise über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz oder direkt zu Gedenkstättenbesuchen verurteilt (vgl. Heyl 2008).

Gedenkstättenpädagogik zwischen Ansprüchen und Widersprüchen

„Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorte“ bzw. ihre Träger sind darum bemüht, den Erwartungen, die an sie herangetragen werden, zu entsprechen und somit ihre Bedeutung zu unterstreichen, was vor allem für die Akquise von Fördermitteln unabdingbar ist. Gleichzeitig werden die von ihnen erwarteten „läuternden“ und „immunisierenden“ Funktionen bereits seit längerem in Theorie und Praxis in Frage gestellt.

Gleichwohl präsentieren sich Gedenkstätten ganz im Sinne der vielfach an sie gerichteten Erwartungen oftmals selbst als Akteure der historisch-politischen Bildung, die einen wichtigen Beitrag zu Rechtsextremismusprävention und Menschenrechtserziehung leisten (können). Die im Arbeitskreis „NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen“ organisierten Einrichtungen formulieren als grundlegendes Ziel ihrer Arbeit, nicht nur einen „Beitrag zur Forschung, sondern auch zur Bildung und Begegnung von Menschen

unterschiedlicher Herkunft, Generationen und Nationen“ leisten zu wollen. Ferner heißt es: „Ihr [NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte; Anmerkung des Autors] nachdrückliches Nein zu Diskriminierung und Gewalt in der Gegenwart hat Auswirkungen auf die tägliche Arbeit. Demokratieförderung, faire Konfliktlösungen, die Akzeptanz von Menschenrechten und ein toleranteres gesellschaftliches Klima in der Gegenwart sind Ziele gerade auch der pädagogischen Ansätze“ (vgl. AK Gedenkstätten o.J.).

Diese Gegenwartsorientierung war dem Selbstverständnis der Gedenkstätten in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR von Beginn an eingeschrieben und fand ihren Ausdruck in dem Postulat des „Nie wieder“. Nicht zuletzt wäre der größte Teil der in Deutschland existierenden Gedenk- und Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus ohne das beharrliche Engagement antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen nicht entstanden (vgl. KZ Gedenkstätte Neuengamme 2015). Mittlerweile firmieren Gedenkstätten in der eigenen wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung als moralische Instanzen, die gerade auch aufgrund der ihnen zugeschriebenen auf die Gegenwart bezogenen Funktionen hohe gesellschaftliche Reputation genießen. Obgleich freilich die finanzielle und personelle Ausstattung vielfach immer noch prekär ist und sich die allgemeine Wertschätzung nicht unbedingt in angemessenen Förderstrukturen niederschlägt, hat sich die Gedenkstättenlandschaft in der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren erkennbar professionalisiert. Vor allem die großen KZ-Gedenkstätten (Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Bergen-Belsen, Neuengamme und Flossenbürg), aber auch zahlreiche andere Lern- und Erinnerungsorte wie etwa die „Topografie des Terrors“ und das „Haus der Wannseekonferenz“ in Berlin, das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“ in Nürnberg oder das schon erwähnte, im Mai 2015 eröffnete NS-Dokumentationszentrum in München haben –nicht zuletzt auf Basis der Gedenkstättenförderung des Bundes – ihre fachlichen Standards und pädagogischen Angebote kontinuierlich erweitert. Dies gilt ebenso für viele der wesentlich kleineren Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen. Diese Entwicklung hat – erfreulicherweise – dazu beigetragen, dass Gedenkstättenbesuche für Schulklassen und andere Zielgruppen relativ niedrigschwellig geworden sind und vielfach bereits schon jetzt einen festen Bestandteil des schulischen Geschichtsunterrichts bilden. Hinzu kommt, dass Organisationen wie etwa das „Deutsch-Polnische Jugendwerk“ oder die „Stiftung Erinnern ermöglichen“ relativ unbürokratisch Gedenkstättenfahrten, besonders in die Gedenkstätte Auschwitz, finanziell fördern.

„Der Ort allein bewirkt noch nichts!“

Der Status und somit auch die Erwartungshaltungen an Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind somit mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus kontinuierlich gewachsen. Vor allem im Kontext der extrem rechten Mobilisierungen seit dem Beginn der 1990er Jahre, der pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder Mannheim sowie der Brandanschläge von Mölln und Solingen avancierten Gedenkstätten verstärkt zu Hoffnungsträgern einer pädagogischen Rechtsextremismusprävention. Schon damals wurden allerdings erhebliche Zweifel formuliert, ob und in welchem Maße die (sich ohnehin erst entwickelnde) Gedenkstättenpädagogik einen Beitrag in der Auseinandersetzung mit rassistischen, demokratiefernen und rechtsextremen Haltungen leisten könne. So konstatierte etwa Helmut Rook, pädagogischer

Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald, bereits vor einigen Jahren: „Wer sich in der Pathologie und dem Krematorium [in Buchenwald] gegruselt hat, hat noch lange nichts für sein Geschichtsbewusstsein getan, geschweige denn, dass er handlungsmotiviert wäre, um in seinem gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld etwas bewirken zu wollen. Der Ort allein wirkt nicht und bewirkt noch nichts!“ (Rook 2003, 164). Ähnlich argumentiert Heidi Behrens, Mitarbeiterin des nordrhein-westfälischen Bildungswerks der Humanistischen Union: „Der selbstgesetzte Anspruch, eine unmittelbare Erziehungsinstanz gegen den Rechtsextremismus zu sein, ließ sich [...] nicht erfüllen. [...] Ein solches Versprechen, das sich selbstgewiss einerseits auf Wissensvermittlung, andererseits auf affektive Ansprache stützte, musste uneingelöst bleiben, weil Lernen nicht nur auf diesem Feld ein undurchschautes, von Umwegen, Sackgassen und Eigensinnigkeit bestimmter Prozess ist“ (vgl. Behrens 2001). Diese Einschätzung wird in der Gedenkstättenpädagogik überwiegend geteilt. Über die Feststellung hinaus, dass die mittlerweile vielfach baulich und erinnerungskulturell überformten vormaligen Stätten nationalsozialistischen Terrors nicht aus sich heraus eine kathartische, läuternde und demokratisches Bewusstsein fördernde Wirkung entfalten, gibt es eine Reihe weiterer Aspekte, die Gedenkstätten als Orte einer gelingenden Rechtsextremismusprävention als problematisch erscheinen lassen.

Rassismuskritik als „blinder Fleck“

Erstens ist zu konstatieren, dass Rechtsextremismus und Rassismus ihre Wurzeln und weltanschaulichen Bezugspunkte nicht ausschließlich im historischen Nationalsozialismus haben. Vielmehr lassen sich deren Traditionslinien bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Vor allem die Entstehungsbedingungen, die Ausprägungen, die Praktiken und die Reproduktionen des Rassismus waren und sind eng verknüpft mit nationalstaatlicher Ordnung und kolonialer Herrschaft. In Deutschland blieb jedoch der Rassismusbegriff bis in die unmittelbare Gegenwart eng und fast ausschließlich mit dem Nationalsozialismus verknüpft. Diese Perspektive hatte freilich auch und vor allem eine entlastende Funktion, schien doch mit dem Untergang des „Dritten Reichs“ auch der Rassismus überwunden. Insofern kann der Versuch, ausgrenzenden, rassistischen oder manifest rechtsextremen Verhaltensweisen mit Gedenkstättenbesuchen zu begegnen, sogar gegenteilige, nicht-intendierte Effekte hervorrufen. Durch die Verlagerung der Auseinandersetzung in einen rein historischen Kontext „verstellt“ dieser Zugang womöglich die eigentlich notwendige pädagogische Bearbeitung der eigenen Demokratiedefizite und ressentimentgeladenen Haltungen. (Bundschuh 2013). Damit eng verknüpft ist ein zweiter problematischer Aspekt: Mit dem Besuch einer Gedenkstätte verbindet sich häufig die Hoffnung eine individuelle Immunisierung gegenüber vorurteilbehaftetem Denken und Handeln zu erzielen. Auch wenn dies ein zweifelhaftes Unterfangen sein mag, ist die Intention fraglos zu begrüßen. Gleichwohl kann sich eine konsequente Auseinandersetzung mit Rassismus nicht auf die Widerlegung individueller Vorurteile beschränken, sondern muss dessen strukturelle, gesellschaftliche und kulturelle Verankerungen in den Blick nehmen.

Darüber, ob und in welchem Maße Gedenkstätten mit ihren pädagogischen Angeboten jedoch einen Beitrag zu einer grundlegenderen, über den Nationalsozialismus hinausweisenden Rassismuskritik überhaupt leisten wollen, sollen oder können, besteht keineswegs Einigkeit. Zu beobachten ist, dass

Gedenkstättenpädagogik und rassismuskritische Pädagogik bislang nur wenige Verknüpfungen und inhaltliche Bezugspunkte zueinander aufweisen. Der überwiegende Teil der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen in Gedenkstätten verfügt demnach über oftmals sehr profunde Kenntnisse zum historischen Nationalsozialismus im Allgemeinen und zur Geschichte des jeweiligen Lern- und Erinnerungsortes im Besonderen, eine Beschäftigung mit den verschiedenen Ausprägungen und Ebenen des Rassismus in der Gegenwart sowie mit den eigenen Positioniertheiten und Verstrickungen scheint momentan indessen unter Gedenkstättenpädagog_innen noch einen weitgehend „blinden Fleck“ darzustellen (Linnemann 2010).

„Kurzzeitpädagogik“ an moralisch überhöhten Orten

Herausforderungen, die eine tiefer greifende Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und diskriminierenden Haltungen in Gedenkstätten nicht selten erschweren, ergeben sich zudem aus der „Aura“ des historischen Ortes an sich und den spezifischen Settings, in denen die Bildungsveranstaltungen stattfinden. So soll die angestrebte Selbstreflexion der Teilnehmer_innen in einem moralisch hochgradig aufgeladenen Raum stattfinden, der durch starken Konformitätsdruck gekennzeichnet ist. In diesem Kontext äußern Besucher_innen erfahrungsgemäß eher „sozial erwünschte“ Positionen, während tatsächlich vorhandene rassistische, menschenfeindliche und demokratiefeindliche Haltungen latent und unausgesprochen bleiben und somit pädagogisch kaum bearbeitet werden können. „Eigenständige Meinungen herauszubilden, zu artikulieren und zu diskutieren“ (vgl. Scheurich 2010, 41) bleibt daher ein oftmals uneingelöster Anspruch.

Zudem stellen Gedenkstättenbesuche in der Regel ohnehin eine „kurzzeitpädagogische Anordnung“ dar, beschränkt sich der Aufenthalt in den Einrichtungen doch meist auf wenige Stunden. Demnach lassen die strukturellen und zeitlichen Rahmenbedingungen eines Gedenkstättenbesuchs „keinen Raum für Reflexion und politisches Lernen“ (vgl. Reif-Spirek 2003, 154), zumal oftmals wenig bzw. gar keine Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Seminars oder der Führung vorgesehen ist. Evoziert werden bei den Teilnehmer_innen somit allenfalls Gefühle einer situativen Betroffenheit – wie etwa das von Helmut Rook beschriebene „Gruseln“ im ehemaligen Krematorium auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald, eine nachhaltige Veränderung von Einstellungsmustern und Verhaltensweisen scheint hingegen unwahrscheinlich. Diese Vermutung wird auch durch die – bislang allerdings noch spärlichen – Ergebnisse der Besucher_innenforschung gestützt (Pampel 2011).

Allerdings: Die hier vorliegende Bestandsaufnahme von Schwierigkeiten und Herausforderungen für eine Gedenkstättenpädagogik, die nicht nur historisches Wissen zum Nationalsozialismus vermitteln, sondern auch einen Beitrag zur Prävention von Rechtsextremismus und zur Sensibilität gegenüber den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismus leisten soll, ist nicht als Plädoyer zu verstehen, Ansätze einer gegenwartsorientierten historisch-politischen Bildung in Gedenkstätten sowie anderen Lern- und Erinnerungsorten einer pauschalen Fundamentalkritik zu unterziehen. Vielmehr soll der Problemaufriss zum einen die Notwendigkeit verdeutlichen, die Ansprüche und Erwartungshaltungen zu präzisieren, die sich an Gedenkstättenbesuche und deren Wirkungen knüpfen, zum

anderen aber auch dazu anregen, die Angebote, die Praxis und das Selbstverständnis der gegenwärtigen Gedenkstättenpädagogik (selbst)kritisch zu reflektieren. Ein derartiger Verständigungsprozess kann dazu beitragen, das Profil der Gedenkstätten zu schärfen und auf diesem Wege die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen einer rassismuskritischen, zumindest aber auf die Prävention von Rechtsextremismus abzielenden historisch-politischen Bildungsarbeit auszuloten.

Gedenkstätten als diskursive Räume

Hierfür bieten die Einrichtungen trotz aller problematischer Aspekte sehr wohl erfolgversprechende und produktiv nutzbare Ansatzpunkte. Denn zweifellos kann das (historische) Lernen in Gedenkstätten einen Baustein zur Herausbildung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins bilden, das wiederum eine Grundvoraussetzung darstellt, um Ideologien der Ungleichwertigkeit zu hinterfragen. Dieses entsteht freilich nicht automatisch während einer Exkursion zu historischen Schauplätzen. Gleichwohl eröffnen Gedenkstättenbesuche die Möglichkeit Geschichte im wörtlichen Sinne „greifbar“ und anschaulich zu machen, sofern die Orte nicht als historisierende Museen verstanden werden, sondern als Räume, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Demnach sollten Gedenkstättenbesuche nicht als „der verlängerte Arm des Geschichtsunterrichts“ (vgl. Rook 2003, 168) verstanden werden – was in der Praxis bedeutet, auf das Verteilen von Arbeitsblättern sowie die möglichst dichte Vermittlung historischer „Fakten“ zugunsten diskursiv angelegter Module zu verzichten.

Dies setzt eine Hinwendung zu den Besucher_innen mit ihren jeweils eigenen Hintergründen und Perspektiven voraus – die sowohl von Ressentiments und Vorurteilsstrukturen, aber auch von eigenen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen geprägt sein können. Die Bereitschaft, sich auf diese divergierenden Erfahrungswelten einzulassen, bietet jedoch Ansatzpunkte für multiperspektivische Zugänge beispielsweise zur Geschichte des Nationalsozialismus, die sich nicht nur als „deutsche“, sondern auch und besonders als europäische und globale „Beziehungsgeschichte“ interpretieren lässt (vgl. Messerschmidt 2010, 281). Aber auch die über die NS-Zeit hinausweisenden Traditionslinien des Rassismus selbst können auf diese Weise zum Gegenstand historisch-politischer Bildung werden. Multiperspektivität stellt darüber hinaus einen zentralen Bestandteil einer Pädagogik der Anerkennung dar, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie nicht nur die Äußerungen der Teilnehmer_innen ernst nimmt, sondern im Idealfall auch für die Gedenkstättenpädagog_innen einen Anlass bietet, die eigenen Haltungen zu reflektieren und somit vermeintliche Gewissheiten in Frage zu stellen.

Lokalgeschichtliche und biografische Ansätze

Die bereits erwähnte, sich in Gedenkstätten bietende Chance Geschichte „greifbar“ zu machen, korrespondiert mit lebensweltbezogenen Ansätzen in der historisch-politischen Bildung. Im Kontext der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bietet forschendes Lernen im Stadtteil im Sinne des bereits in den 1970er Jahren von der entstehenden Geschichtswerkstättenbewegung verbreiteten Mottos „Grabe, wo du stehst!“ (Lindqvist 1989) erfolgversprechende Anknüpfungspunkte. Hier eröffnen sich Möglichkeiten für einen Transfer der behandelten Inhalte in die Lebenswelt und in

das Umfeld der Teilnehmer_innen sowie für die Hervorhebung von Gemeinsamkeiten, etwa in der Arbeit mit heterogenen Gruppen, die über die verbindende Identifikation mit ihrer Straße gemeinsame Geschichte(n) erarbeiten können.

Vielversprechende Ansätze stellen zudem die in Gedenkstätten oftmals gewählten biografischen Zugänge zum historischen Geschehen im Nationalsozialismus dar, bieten sie doch ebenso wie lokal- und regionalgeschichtliche Ansätze die Möglichkeit, die *große Geschichte* herunterzubrechen. Allerdings sollte auch in diesem Kontext von der Zielgruppe her gedacht werden, erscheinen doch, zumal in älteren Ausstellungen, die Lebenswege und Handlungsmuster der dort vorgestellten Biografien widerständiger Akteur_innen beispielsweise aus den Reihen der Kirche oder der Arbeiterbewegung den Schüler_innen aus ihrem heutigen Erleben oft kaum noch greifbar. Zudem sollten biografische Ansätze nicht zu einer „Ikonisierung“ historischer Figuren führen, sondern die exemplarisch ausgewählten Personen als menschliche Akteur_innen mit all ihren Widersprüchen und Eigensinnigkeiten, sofern sich diese rekonstruieren lassen, vorstellen.

„Vorgriffe auf eine menschenwürdige Zukunft“ – Gegenwartsbezüge

Eine Herausforderung, aber auch einen produktiven Ansatzpunkt für die Gedenkstättenpädagogik, stellen nicht zuletzt die immer wieder postulierten Gegenwartsbezüge dar. Diese begründen, wie bereits erwähnt, häufig fragwürdige historische Analogieschlüsse etwa zwischen der Zeit des Nationalsozialismus und aktuellen Erscheinungsformen des Rassismus, die allerdings in einer derart linearen Parallelisierung beiden Phänomenen nicht gerecht werden. Anregend erweisen sich Gegenwartsbezüge in der historisch-politischen Bildung jedoch, wenn es darum geht, Hintergründe und Entstehungsgeschichten aktueller gesellschaftlicher Probleme zu vermitteln und dabei – im Sinne der Multiperspektivität – auch die Perspektiven und Erfahrungen der unterschiedlichen Akteur_innen in den Blick zu nehmen. Die auf diese Weise zu Tage geförderten Sinnzusammenhänge zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft können, so der Geschichtsdidaktiker Klaus Bergmann, dazu beitragen, das „Denken von Alternativen zu gegenwärtigen Lebensformen und Denkgewohnheiten“ ebenso zu fördern, wie „die Aneignung unerledigter und uneingelöster historischer Hoffnungen und gedanklicher Vorgriffe auf eine menschenwürdige Zukunft“ (Bergmann 2000, 154f.).

Ansprüche und Ziele präzisieren

Freilich: Die hier skizzierten spezifischen Ressourcen und Möglichkeiten für historisch-politische Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die sich an den Besuch von Gedenkstätten knüpfen, sind nicht voraussetzungslos umsetzbar. Um sie im Sinne von emanzipatorischen Bildungsprozessen nutzbar zu machen ist ein hohes Maß an Kommunikation und Kooperation zwischen den Besucher_innen und den Einrichtungen bzw. deren Mitarbeiter_innen, Pädagog_innen und Teamer_innen notwendig. Grundlegende Fragen im Vorfeld eines geplanten Gedenkstättenbesuchs sollten sein:

- Was soll mit dem Besuch bei den Teilnehmer_innen erreicht werden?
- Welche Erwartungshaltungen, aber auch Vorbehalte und Ängste gibt es auf Seiten der Teilnehmer_innen?
- Wie können diese in die Vorbereitung auf den Gedenkstättenbesuch miteinbezogen werden? Was kann und soll in diesem Kontext von den Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte geleistet werden?
- Welche Eindrücke soll der Ort selbst vermitteln?

Diese Fragen reflektieren zum einen die Heterogenität der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland, begründen die spezifischen historischen Hintergründe der Orte und die unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Lern- und Erinnerungsorte. So vermittelt etwa die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen andere Eindrücke als das Kreismuseum Wewelsburg, das NS-Dokumentationszentrum in Köln oder der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster.

Zum anderen können die Fragen helfen, die Erwartungen an den Gedenkstättenbesuch klarer zu konturieren und die Teilnehmer_innen, beispielsweise Schüler_innen, von Beginn an in die Planungen miteinzubeziehen. Diese könnten etwa an der Auswahl des Ortes beteiligt werden, indem sie in der Vorbereitungsphase eigene Recherchen zu den verschiedenen Gedenkstätten, deren inhaltlichen Schwerpunkten und pädagogischen Angeboten anstellen. Eine derartige Vorbereitung könnte zudem dazu beitragen, den „Zwangskarakter“, der Gedenkstättenbesuchen im Klassenverband in der Regel anhaftet, zumindest zu reduzieren.

Ferner sollte im Vorfeld des Besuchs eine enge Abstimmung mit den (pädagogischen) Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte stattfinden. Diese sollten über die Größe und Zusammensetzung der Besucher_innengruppe, deren Vorkenntnisse und vor allem über deren Erwartungshaltungen informiert werden – ein Anspruch, der in der Realität angesichts der enormen Nachfrage, mit der sich viele Lern- und Erinnerungsorte konfrontiert sehen, oftmals jedoch kaum zu erfüllen ist. Von zentraler Bedeutung ist nicht zuletzt eine intensive Nachbereitung des Gedenkstättenbesuchs, die sich jedoch nicht auf das Abprüfen historischer „Fakten“ reduzieren, sondern vor allem offene Fragen, aber auch Irritationen und Emotionen aufgreifen und zulassen sollte.

In erster Linie gilt es indessen, die Erwartungshaltungen an einen Gedenkstättenbesuch nicht zu überfrachten und die Ansprüche im Zweifelsfall zu reduzieren. In diesem Sinne können Gedenkstätten einen Baustein im Kontext rassismuskritischer Bildung und in der Prävention von Rechtsextremismus darstellen – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und –Erinnerungsorte in NRW e.V. (o.J.): Selbstdarstellung, URL: <http://www.ns-gedenkstaetten.de/arbeitskreis.html>. (letzter Zugriff: 25.10.2015).
- Behrens, Heidi (2001): Welchen Beitrag gegen Rechtsextremismus können Gedenkstätten für NS-Opfer heute leisten?, in: Gedenkstättenrundbrief, 100, S. 56-61.
- Bergmann, Klaus (2000): Geschichtsdidaktik. Beiträge zu einer Theorie historischen Lernens (Forum historisches Lernen), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bundschuh, Stephan (2013): Die Ver-Stellung des Alltagsrassismus durch die historische Erfahrung des Nationalsozialismus. Pädagogische Konsequenzen, in: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen, 3/2013, S. 11-15.
- Heyl, Matthias (2008): Auf richterliche Anordnung. Rechtsextremisten als unfreiwillige Besucher von KZ-Gedenkstätten, in: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.): KZ und Nachwelt (Dachauer Hefte Bd. 24), Dachau, S. 63-80.
- Hoenig, Matthias (2012): KZ-Gedenkstätten – Pflichtbesuch für jeden Schüler, Die Welt online, URL: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article13823817/KZ-Gedenkstaetten-Pflichtbesuch-fuer-jeden-Schueler.html>. (letzter Zugriff: 01.03.2014).
- Kraft, Hannelore (2013): Eine Fahrt nach Auschwitz, in: Jüdische Allgemeine Wochenzeitung vom 11.07.2013.
- KZ-Gedenkstätte Neuengamme (2015) (Hg.): Gedenkstätten und Geschichtspolitik (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 16), Bremen: Edition Temmen.
- Lindqvist, Sven (1989): Grabe, wo du stehst. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- Linnemann, Tobias (2010): Kritik und Stabilisierung von Rassismus in der politisch-historischen Bildung zum Nationalsozialismus, in: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld: transcript, S. 235-263.
- Messerschmidt, Astrid (2010): Involviertes Erinnern. Migrationsgesellschaftliche Bildungsprozesse in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus, in: Hilmar, Till (Hg.): Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordination historisch-politischer Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, Wien: Czernin Verlag, S. 277-299.
- Pampel, Bert (2011): Was lernen Schülerinnen und Schüler durch Gedenkstättenbesuche? (Teil-)Antworten auf Basis von Besucherforschung, in: Gedenkstättenrundbrief, 162, S. 16-29.
- Reif-Spirek, Peter (2003): Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und Gedenkstättenpädagogik. Einige Überlegungen, in: Benz, Wolfgang/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Geschichtsmymen. Legenden über den Nationalsozialismus, Berlin: Metropol, S. 151-161.
- Rook, Helmut (2003): Erinnerungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Möglichkeiten, Chancen und Grenzen der pädagogischen Arbeit am Beispiel der Gedenkstätte Buchenwald, in: Ahlheim, Klaus (Hg.): Intervenieren, nicht resignieren.

Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 162-177.

Scheurich, Imke (2010): NS-Gedenkstätten als Orte kritischer historisch-politischer Bildung, in: Thimm, Barbara/Kößler, Gottfried/Ulrich, Susanne (Hg.): Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, S. 38-44.

Stroh, Kassian (2010): CSU plant Pflichtbesuche in KZ-Gedenkstätten, in: Süddeutsche Zeitung online vom 17.05.2010, URL: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/rechtsextremismus-csu-plant-pflichtbesuch-in-kz-gedenkstaetten-1.384817>. (letzter Zugriff 01.03.2014).

Über den Autor

Michael Sturm ist Historiker und pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster und in der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim). Die Schwerpunkte seiner Arbeit sind Rechtsextremismus, Erinnerungskultur sowie Polizei- und Protestgeschichte der Bundesrepublik zu denen er schon zahlreiche Publikationen veröffentlicht hat.